

»Lobby für die 3. Welt«

Bei der Zeitschrift »iz3w« und dem gleichnamigen Informationszentrum stehen Nord-Süd-Themen hoch im Kurs

In der internationalistischen Szene ist das Kürzel bestens bekannt: iz3w steht für informationszentrum 3. welt und produziert hierzulande eine der wichtigsten Zeitschriften zu Nord-Süd-Themen: die »iz3w«.

Von Luis Trunk de Flores, Freiburg

In einem Hinterhaus in der sonnigen Schwarzwaldstadt Freiburg befindet sich seit Ende der 1960er Jahre der von Studierenden gegründete Trägerverein Aktion Dritte Welt e.V. Mit den auf grünem Papier getippten »Blätter des iz3w« entstand hier eine einzigartige Institution. Hinter der Abkürzung verbirgt sich das Informationszentrum 3. Welt, welches seit 1970 Informationen zu den »Zusammenhängen zwischen den Verhältnissen hier und dort« sammelt, analysiert und publiziert.

Eine »Lobby für die 3. Welt« aufzubauen war eines der ersten Ziele, um die Entwicklungshilfe durch politischen Druck zu stärken, erklärt Christian Stock, einer der Redakteure der gleichnamigen Zeitschrift. Die Beziehung zwischen Nord und Süd soll deutlich gemacht und nicht durch »universelle« Begrifflichkeiten, die oft in einer verkürzten Kapitalismuskritik enden, verdeckt werden. Dabei kritisiert die Zeitschrift beständig die herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse, die Regionen und Menschen in Gewinner und Verlierer unterteilt. Hintergrundanalysen, Kommentare und Diskussionsbeiträge beleuchten die sozialen, politischen, kulturellen und ökologischen Folgen.

In über 40 Jahren entwickelte und veränderte sich die »iz3w« immer wieder in Reaktion auf das Weltgeschehen. Auch auf die zunehmende Kritik bezüglich ihrer theoretischen Ausrichtung, die geprägt war von einer Fixierung auf »nationale Befreiungsbewegungen« und die von vielen 68ern Zustimmung erhielt, folgte ein Umdenken. Nach 1989 setzte sich die Redaktion selbstkritisch mit Nationalismus, Kulturalismus und Ethnizität auseinander, erzählt der Redakteur. Hierdurch verschob sich die Analyseebene weg von den mit gesellschaftlicher Emanzipation nicht vereinbaren nationalen und ethnischen Denkkategorien, hin zu einer auf Globalisierung orientierten Betrachtungsperspektive. Dabei wird auf harmonisierende Begriffe wie beispielsweise »eine Welt« verzichtet, die herrschende Weltordnung dekonstruiert und klar die sich daraus ergebenden Widersprüche benannt.

Mit einer Auflage von ungefähr 2600 Exemplaren gehört die Zeitschrift zu einer der wichtigsten unabhängigen entwicklungspolitischen Publikationen im deutschsprachigen



Stimme der »Stimmlosen«: Die Zeitschrift »iz3w« rückt den Globalen Süden in den Fokus.

Foto: nd/Anja Martin

Raum. Dabei finanziert sich die Zeitschrift beinahe ausschließlich über Abonnenten, wobei auch sie nicht von Geldsorgen verschont blieb und von der solidarischen Unterstützung durch Spenden profitiert.

Aktuell erscheint die »iz3w« mit sechs Ausgaben pro Jahr, in denen auf jeweils 52 Seiten unterschiedliche Gesichtspunkte zu Nord-Süd-Fragenstellungen wie Entwicklungspolitik, Globalisierung, Migration, Ökonomie, Gender, Menschenrechte, Nachhaltigkeit/Ökologie, Tourismus und Kolonialismus im Rahmen von Nord-Süd-Beziehungen beleuchtet werden. In jeder Ausgabe erscheinen verschiedene Artikel zu einem übergeordneten Themenschwerpunkt. Hierbei kann die Zeitschrift auf einen illustren Kreis von überwiegend ehrenamtlich schreibenden Autoren zurückgreifen.

Das iz3w beschränkt sich nicht auf die Herausgabe der Zeitschrift. 1998 entstand mit finanzieller Hilfe der EU das Projekt »Fernweh – Forum Tourismus und Kritik«. Das beschäftigt

sich mit den zunehmenden sozialen Widersprüchen und ökologischen Folgen des Tourismus als gesellschaftlichem Machtverhältnis. Die Instrumente sind Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

2005 folgte die sehr erfolgreiche Initiative »Freiburg-Postkolonial«, welche die deutsche Kolonialgeschichte im lokalen Raum thematisiert. Hierbei wird unter anderem der Frage nachgegangen, welche Rolle die Universität dabei spielte. Fest steht: Sie sammelte Schädel aus Übersee. Aber auch die Fragen, wie der Kolonialismus in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde, welche Personen sich in Kolonien begaben und was sie zu Hause von ihren Erfahrungen wie vermittelten, werden aufgeworfen. Außerdem wird nach kritischen Positionen gefragt und wie in der Gegenwart mit dem Thema umgegangen wird.

Das Projekt »Fernsicht – die Werkstatt für nord-südpolitische Bildung« entstand 2008. Hier entstehen Materialien für Workshops und Projekttar-

ge sowie andere Veranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene. Gezielt sollen hierbei pädagogisch Aktive und andere Multiplikatoren in Themen wie Rassismus, Menschenrechte oder Postkoloniale Theorie eingeführt und weitergebildet werden. Hierzu werden Methoden-CDs, Audio-Reihen, Filme und in unregelmäßigen Abständen Dossiers wie »Ausgedient? Die Rollen der Geschlechter im Krieg« oder »Alles so schön bunt hier – Globales Lernen mit Defiziten« veröffentlicht. Ziel sei es »zum Nachdenken über Möglichkeiten für Veränderungen anzuregen«, so der Redakteur.

Außerdem entstand über die Jahre ein Archiv, das über 800 unterschiedliche Zeitschriften sowie einen einzigartigen Bestand an offiziell nicht registrierter »grauer Literatur« besitzt. Davon sind 200 laufende Zeitschriften, wovon in etwa 120 in Deutschland nur beim iz3w erhältlich sind. Dabei war das Archiv nicht entstanden, um primär Material zu bewahren, sondern um aktuelle Hin-

tergrundinformationen zu erhalten. Darüber hinaus werden über 1000 Ordner mit internationalen Zeitungs-, Zeitschriften- und Nachrichtendienst-Artikeln archiviert und ausgewertet. Auch über den »südnordfunk« erreicht das iz3w jeden ersten Dienstag im Monat Interessierte. Zu ausgewählten Themen werden Interviews, Reportagen und Features gesendet.

Das iz3w ist eine wertvolle Gegenstimme, die nicht »neutral« sein möchte, sondern explizit die Missverhältnisse der herrschenden Ordnung anprangert, in der es genug für alle gibt, aber trotzdem ein Großteil der Menschen ausgebeutet im Elend lebt. In der Zukunft »soll die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über verschiedene Kanäle intensiviert werden«, schließt Christian Stock – und unterstreicht erneut die Anpassungsfähigkeit des iz3w, deren Kernstück nach wie vor die gleichnamige Zeitschrift »iz3w« ist.

www.iz3w.org

KOMMENTAR

Freihandel auf Kosten der Armen Afrikas

Martin Ling über die Zustimmung der Bundesregierung zu den EPA

Die Annahme der EU-Kommission ist immer dieselbe: Mehr Handel bringt mehr Investitionen, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Das gilt für das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ebenso wie für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit regionalen Blöcken aus dem Globalen Süden.

Zwischen EU-Kommission und Bundesregierung passt in Sachen Freihandel kein Blatt Papier. Erst vergangene Woche hat das Kabinett dem EPA mit den Staaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) vorbehaltlos zugestimmt. Und sowohl EU als auch Berlin wissen, was sie tun: Sie verschaffen europäischen Exporten einen verbesserten Marktzugang. Wichtig ist in Kauf genommen wird, dass bereits jetzt Importe die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Staaten Afrikas erschweren. Das gilt exemplarisch für Tomatenmark aus Italien, Milchpulver aus Dänemark oder Tiefkühlhühnchen aus Deutschland. Allesamt Produkte, die durchaus in Afrika selbst hergestellt und damit die Wertschöpfung steigern könnten.

Auf die Karte Freihandel zwischen Ungleichem zu setzen, vertieft die Ungleichheit. »Unser vorrangiges Ziel muss es sein, die Hoffnung wieder aufleben zu lassen, vor allem für die afrikanische Jugend.« Dieser Satz aus der Abschlusserklärung vom vergangenen EU-Afrika-Gipfel in Malta klingt angesichts der realen EU-Handelspolitik wie Hohn. Mehr als 170 000 Afrikaner sind im vergangenen Jahr nach Europa geflohen. Dass sich darunter viele befinden, denen die EU-Handelspolitik die Existenz zerstört hat, ist Fakt. Darunter Zehntausende Kleinbauern, die sich nun als Erntehelfer und sklavenähnlichen Bedingungen in Südeuropa verdingen. Ein Trend, der sich durch jedes EPA noch verstärken wird. Diese Annahme ist fundiert – die der EU-Kommission nicht.

ACTION

Entwicklungspolitik – »Zu politisch« – Entwicklungspolitische NRO und das Gemeinnützigkeitsrecht« Im September 2014 hat das Finanzamt Frankfurt dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt. Begründung: Attac äußere sich allgemeinspolitisch und im Zentrum der Arbeit liege die Verfolgung politischer Ziele – und nicht die Satzungszwecke. 4. Mai, 17 bis 19 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Ghana – »Weltküche mit entwicklungspolitischem Nachtsch Reisebericht – SONED zu Gast in Ghana« 9. Mai, ab 20 Uhr bio-vegane Weltküche gegen Spende für das Ghana-Projekt »Arbeitsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung«, ab 21 Uhr, Reisebericht aus Ghana in Bild und Ton. Kreuztischerstraße 19, 10247 Berlin.

Regionale Integration kommt unter die Räder

In Südamerika warnen soziale Bewegungen aus Erfahrung vor neuen Freihandelsabkommen

Während Europa über TTIP streitet, stehen auch Lateinamerika neue Freihandelsabkommen ins Haus. Soziale Bewegungen warnen vor einem Ausverkauf und suchen nach Alternativen.

Von Nils Brock, Santiago de Chile

Lucía Sepúlveda hat es normalerweise nicht leicht, in Chile ein Publikum zu finden, wenn sie gegen die sozialen und ökologischen Folgen von Freihandelsverträgen wettet. Das Land ist mit über 80 solcher Abkommen Weltmeister in Sachen zwischenstaatlicher Verträge, die den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Finanztransaktionen erleichtern. Und auch wenn das reichste Fünftel der chilenischen Bevölkerung heute 29 mal so viel Vermögen auf sich vereint wie das ärmste – mehr als doppelt so viel wie zur Zeit der sozialistischen Regierung Salvador Allendes (1970-1973) – glauben nicht wenige weiterhin an das Versprechen gesellschaftlichen Wandels durch neoliberalen Handel.

Doch beim Treffen in Santiago muss sich Sepúlveda, Sprecherin des

lateinamerikanischen Aktionsnetzwerks gegen Pestizide (RAP-AL), nicht wie sonst auf Kundgebungen heißer schreien. Denn Ende April versammelten sich in Santiago Aktivist*innen sozialer Bewegungen und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus dem südlichen Amerika, die die Bedenken der Mittelschichterteilen. Sie hören aufmerksam zu, wenn sie vor Gesetzesänderungen warnen, die den Anbau genetisch modifizierter Pflanzen erleichtern und die Existenz von Kleinbauern und ökologischer Agrarprojekte bedrohen. Und sie sind gekommen, um gemeinsam zu diskutieren, wie sich verlängerte Laufzeiten von Patenten, die weitere Deregulierung der Finanzmärkte und die Prekarisierung des Dienstleistungssektors verhindern lassen. »Denn das alles steht uns bevor, falls unsere Parlamente die Transpazifische Partnerschaft tatsächlich ratifizieren sollten, für das die chilenische Regierung bereits im Februar grünes Licht gegeben hat«, sagt Sepúlveda.

Die Transpazifische Partnerschaft (TTP) ist der aktuell am heftigsten umstrittene Freihandelsvorstoß, der

weltweit zwölf Länder umfassen soll, darunter »die Großen« wie USA und Kanada und aus Lateinamerika neben Chile auch Peru und Mexiko. Konnten die Linksregierungen der Region in den 1990er Jahren noch eine neoliberale Amerikanische Freihandelszone (ALCA) verhindern, ist in vielen Ländern heute die Rechte auf

»Brasilien ist ein interessanter Markt für transnationale Unternehmen.«

Adhemar Mineiro

dem Vormarsch. Deshalb sind auch die Anwesenden aus Argentinien und Brasilien extrem beunruhigt, denn selbst wenn derzeit keine Mitgliedschaft bei TTP ansteht, fürchten sie in der nahen Zukunft den Abschluss bilateraler Abkommen. »Brasilien ist ein interessanter Markt für transnationale Unternehmen, gerade weil die regierende Arbeiterpartei PT in den vergangenen Jahre deren massive

Beteiligung gebremst hat«, erklärt Adhemar Mineiro vom Netzwerk zur Integration der Armen (Rebrip). Der Ökonom prognostiziert für die nähere Zukunft unter anderem den Ausverkauf des halbstaatlichen Erdölunternehmens Petrobras und des derzeit völlig unter Wert gehandelten Bausektors. Vor allem Unternehmen aus China und den USA sollen bereits in den Startlöchern stehen.

Doch Lateinamerika sei zugleich geopolitischer Spielball einer weiteren »Weltmacht«, gaben zwei europäische Gäste zu bedenken. Javier Couso, spanischer Abgeordneter der Izquierda Unida im EU-Parlament kritisierte die Europäische Union für ihre aktive Rolle, »den Neoliberalismus nicht nur intern, sondern weltweit zu normalisieren.« Die EU verhandle gerade mit den Ländern die dem »Gemeinsamen Markt Südamerikas« (Mercosur) angehören über eine weitere Liberalisierung der bilateralen Handels- und Finanzpolitik, die sich qualitativ in keinster Weise vom gescheiterten ALCA-Projekt unterscheiden würden. Gaby Küppers, die Couso Kolleg*innen der Grünen-Fraktion berät, wies zudem auf eine jüngst

veröffentlichte Studie hin, die belegt, dass bereits bestehende Abkommen zwischen der EU, Mexiko und Kolumbien der Geldwäsche und Steuerflucht Haus und Hof öffnen. »Wer das auf europäischer Seite ausgehandelt hat, hat sich entweder über den Tisch ziehen lassen oder muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Komplize zu sein«, sagt Küppers dem »nd«.

Seitens der lateinamerikanischen Linken ist Gegenwehr angesagt. Für November diesen Jahres ist ein erster »Kontinentaler Aktionstag gegen Freihandelsabkommen« geplant. »Zugleich ist es wichtig über Alternativen nachzudenken«, sagt Mineiro. Die regionale Integration zu stärken sei entscheidend, »den Hören auch eine kritische Aufarbeitung der bisherigen Zusammenarbeit im Mercosur: »Nicht nur die Regierungen auch die Unternehmen unserer Länder müssen bereit sein, wirtschaftlich zu kooperieren. Denn bis heute haben sie den Mercosur und andere Bündnisse vor allem dazu genutzt, um sich kurzfristig kommerzielle Gewinne zu sichern. Logisch, dass das auf die Dauer nicht funktionieren kann.«